

C 011**DGB-Bundesfrauenausschuss**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Angenommen in geänderter Fassung des Abänderungsantrags C 011

Für mehr Qualität in der Bildung und Betreuung von Kindern und für eine Aufwertung des Berufsfeldes

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, sich für eine qualitative Verbesserung in Bildung und Betreuung von Kindern einzusetzen und dazu folgende Grundsätze und Ziele aufzunehmen:

1. Kinderförderungsgesetz mit Vorfahrt für Qualität

Nach den Vorstellungen der schwarz-roten Bundesregierung sollten private gewerbliche Kitaunternehmen den freien gemeinnützigen Trägern gleichgestellt werden. Damit wären die Länder verpflichtet gewesen, sie in gleicher Weise aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Nach massiven Protesten der Fachverbände und Gewerkschaften ist im am 1.1.2009 in Kraft getretenen Kinderförderungsgesetz nunmehr geregelt, dass es den Ländern freigestellt ist, ob sie privatgewerbliche Träger fördern. Damit ist es gelungen, den Paradigmenwechsel von einer öffentlichen frei zugänglichen Bildung hin zur Privatisierung im Bereich der Kindertagesstätten zu verhindern. In § 74a des Kinderförderungsgesetzes ist nunmehr festgelegt, dass „alle Träger von Einrichtungen, die die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen für den Betrieb der Einrichtung erfüllen, gefördert werden können“. Die von der Politik gewollte politische Stärkung gewerblicher Betreiber von Tageseinrichtungen für Kinder halten wir weiterhin für das falsche Signal. Denn: Das Ziel gewerblicher Betreiber ist es nachweislich, Profit zu machen. Das bedeutet, dass gewerblichen Trägern von Kindertagesstätten aus Steuermitteln privater Gewinn finanziert wird. Der DGB bezweifelt, dass Qualitäts- und Sozialstandards in Kindertagesstätten über Marktmechanismen geregelt und gesichert werden können und wird deshalb die Novellierung von Kita-Gesetzen in den Ländern kritisch begleiten. Der DGB fordert deshalb die Länder auf, von der Möglichkeit des § 74a keinen Gebrauch zu machen.

2. Rechtsanspruch vom ersten Lebensjahr

Der DGB begrüßt den Rechtsanspruch auf den Platz in einer Kindertagesstätte vom ersten Lebensjahr an, den die Bundesregierung ab 2013 festgeschrieben hat. Wir dürfen jedoch nicht nur auf die Ausbauquote achten. Mindestens ebenso wichtig ist es, die notwendige Qualität abzusichern und zu verbessern.

Wir fordern eine Qualitätsoffensive und das bedeutet

- deutlich bessere Personalschlüssel
- gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte
- gute und regelmäßige Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- eine sichere Finanz- und Sachausstattung
- mehr Bildung und individuelle Förderung von Kindern

Wir fordern, dem zu erwartenden Fachkräftemangel

mit einer Qualifizierungs- und Qualitätsoffensive und den notwendigen Investitionen zu begegnen. Dazu gehört vor allem auch, den Weg der Akademisierung der ErzieherInnenausbildung fortzusetzen. Ein höheres Ausbildungsniveau

wird dem Beruf deutlich mehr Attraktivität verleihen.

3. Tagespflege als Regelangebot

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz sieht den Begriff der "Eignung" für die Fachlichkeit der Tagespflegeperson vor. Verbindliche Standards, wie sie für die Betreuung in Tageseinrichtungen vorgeschrieben sind, werden im § 23 KJHG nicht näher ausformuliert. Wir kritisieren: die (Schein-)„Selbständigkeit“ der Tagespflegepersonen, da dadurch viele Risiken auf sie verlagert werden. Im Falle von Erkrankung etc. entstehen Effekte, die i.d.R. zu Lasten der Tagespflegeperson selbst gehen.

Wir bemängeln: die kritikwürdigen Zustände bei den Arbeitsbedingungen der Tagespflegepersonen, die von der Bezahlung über Arbeitszeiten und Rahmenbedingungen alle Aspekte der Tätigkeit umfassen.

Wir fordern: Eine Fortsetzung der Diskussion um die Akademisierung der ErzieherInnenausbildung, um deutlich zu machen, dass ein höheres Ausbildungsniveau wünschenswert ist, um damit die Möglichkeiten der frühkindlichen Bildung ausschöpfen zu können.

Wir lehnen eine Strategie ab, die zu Lasten der Qualität und der Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in dem Arbeitsfeld geht.

Wir lehnen ab, dass das Verhältnis von institutionellen Angeboten der Elementarbildung und Tagespflege von Konkurrenz statt von Kooperation geprägt sein soll.

Wir fordern, dem zu erwartenden Fachkräftemangel mit einer Qualifizierungs- und Qualitätsoffensive und den notwendigen Investitionen zu begegnen.

4. Bezahlung der Beschäftigten

Die frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote werden als gesellschaftlich notwendig und wichtig beschrieben, aber eine gesellschaftliche Anerkennung der Arbeit der Beschäftigten erfolgt bislang nicht im gleichen Maße. Dies gilt nicht nur für die Kindertagespflege, sondern ebenso für die Arbeit in den Kindertagesstätten.

Der DGB fordert, die Bezahlung der Beschäftigten in Tageseinrichtungen für Kinder und in der Tagespflege deutlich zu verbessern.